



KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN
CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX
CONFERENZA DEI GOVERNI CANTONALI
CONFERENZA DA LAS REGENZAS CHANTUNALAS

An die Medien

Eklatante Kluft zwischen Versprechen und Realität

KOSA vermag die AHV nicht zu sichern, gefährdet aber unseren Wohlstand

Die Volksinitiative „Nationalbankgewinne für die AHV“ setzt die Glaubwürdigkeit der Nationalbank aufs Spiel. Damit würde das Vertrauen in den Schweizer Franken untergraben und dem Wirtschaftsstandort Schweiz grosser Schaden zugefügt. Im Gegenzug vermag die KOSA-Initiative ihr Versprechen für eine sichere AHV in keiner Weise einzulösen. Sie ist vielmehr eine Scheinlösung und droht notwendige Reformen zu verzögern, die zur langfristigen Rentensicherung unumgänglich sind.

Aus Sicht der Kantonsregierungen wurden in der öffentlichen Diskussion und in den Kampagnen die Tragweite der Volksinitiative bisher noch zu wenig erkannt. Als Hauptträger der Nationalbank haben sich die Kantone deshalb gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in der Verantwortung gesehen, ihre ganz grundsätzlichen Bedenken gegenüber der KOSA-Initiative heute in einem eigenständigen Medienauftritt auf nationaler Ebene darzulegen.

Viele Verlierer, keine Gewinner

Die Annahme der Initiative würde zu vielen Verlierern, aber keinen Gewinnern führen, warnte Regierungsrat Lorenz Bösch (SZ), Präsident der KdK. Die KOSA-Initiative schadet dem Schweizer Franken und dem Wirtschaftsstandort Schweiz. Sie könnte zu einem Anstieg der Inflation führen und Arbeitsplätze gefährden. Zudem entzieht die Initiative Kantonen und Bund Mittel, die sie für zentrale staatliche Leistungen brauchen. Die Folgen sind spürbare Ausgabenkürzungen.

Von diesen schädlichen Folgen ist die gesamte Bevölkerung betroffen. Die auf den ersten Blick verführerisch einfache Lösung zur Sicherung der AHV gefährdet nach Auffassung der Kantone zentrale Grundlagen des Wohlstands in der Schweiz. Weil die KOSA-Initiative ihr Versprechen für eine sichere AHV in keiner Weise einhalten kann, ist dieser sehr hohe Preis niemals zu rechtfertigen.

Grosser volkswirtschaftlicher Schaden

Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf (GR), Präsidentin der Finanzdirektorenkonferenz und Mitglied des Bankrates der Nationalbank, rief in Erinnerung, dass die Nationalbank in der Öffentlichkeit und auf den Finanzmärkten über eine hohe Glaubwürdigkeit verfügt. Durch ihre auf Stabilität ausgerichtete Geldpolitik hat sie wesentlich dazu beigetragen, dass der Schweizer Franken weltweit grosses Vertrauen ge-

niesst und die Inflation sehr tief gehalten werden kann. Seit Jahrzehnten weist die Schweiz die tiefsten Zinsen Europas aus. Dies alles sind wichtige Voraussetzungen für den Wohlstand in der Schweiz.

Damit die Nationalbank weiterhin erfolgreich sein kann, muss sie politisch unabhängig bleiben. Genau diese Unabhängigkeit wird durch die KOSA-Initiative jedoch stark gefährdet. Indem sie den geld- und währungspolitischen Auftrag der Nationalbank direkt mit einem sozialpolitischen Zweck verknüpft, schafft sie Raum für politische Einflussnahme. Die KOSA-Initianten überschätzen das langfristige Gewinnpotential der Nationalbank massiv. Deshalb ist zu befürchten, dass die Nationalbank zunehmend unter Druck gerät, höhere Gewinne zu erzielen.

Höhere Gewinne sind letztlich jedoch nur durch eine risikoreichere Anlagepolitik, durch eine Ausweitung der Geldmenge oder durch einen Abbau der Währungsreserven möglich. Mit der KOSA-Initiative würde das Ziel der Preisstabilität mit dem Ziel, möglichst hohe Nationalbankgewinne zu erzielen, in Konflikt geraten. Dies würde die Unabhängigkeit der Nationalbank in Frage stellen, was zu einem Vertrauensverlust in den Schweizer Franken führen könnte. Damit würde dem Wirtschaftsstandort Schweiz grosser Schaden zugefügt, Wohlstand und Arbeitsplätze wären gefährdet.

Untaugliches Rezept für die Sicherung der AHV

Staatsrat Jean-Claude Mermoud (VD), Präsident der Westschweizer Regierungskonferenz, zeigte auf, dass die Initiative ihr Versprechen für eine sichere AHV in keiner Weise einhalten kann. Im Gegenteil: Sie droht notwendige Reformen zu verzögern, die zur langfristigen Rentensicherung unumgänglich sind. Die Verzögerung von Reformen führt zu Mehrbelastungen der nachkommenden Generationen und gefährdet langfristig den Generationenvertrag.

Die Finanzierungslücke der AHV wird von Experten bis im Jahr 2025 auf etwa 11 bis 14 Milliarden Franken pro Jahr geschätzt. Nach Abtragung der Ausschüttungsreserven geht die Nationalbank längerfristig von einem ausschüttbaren Jahresgewinn von rund einer Milliarde Franken aus. Dieser Betrag würde gemäss Initiative jedoch den Kantonen zufallen. Damit ginge die AHV leer aus. Sicherlich profitieren würde die AHV hingegen von einem KOSA-Nein. Bundesrat und Parlament wollen im Falle einer Ablehnung der Initiative den Anteil des Bundes aus dem Nationalbankgold nämlich der AHV auszuzahlen. Diese 7 Milliarden Franken, die bei einem Nein zur Initiative in die AHV fliessen, sind ein sicherer und wertvoller Beitrag.

Die Finanzierung der AHV ist breit abgestützt und muss auf diesem starken Fundament weiterentwickelt werden. Die AHV ist dann am besten gesichert, wenn unsere Wirtschaft in Schwung bleibt. Weil die Initiative die wirtschaftliche Entwicklung gefährdet, ist sie auch zum Wohle der AHV klar abzulehnen.

Bern, 1. September 2006

Weitere Auskünfte erteilen:

- Regierungsrat Lorenz Bösch (SZ), Präsident KdK (Tel. 079 426 54 19)
- Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf (GR), Präsidentin FDK (081 257 32 01)
- Staatsrat Jean-Claude Mermoud (VD), Präsident Westschweizer Regierungskonferenz (Tel. 021 316 40 04)
- Canisius Braun, Sekretär KdK (Tel. 079 456 92 92 oder 031 320 30 00)